

Hauptsatzung der Stadt Kappeln

i.d.F. der VII. Nachtragssatzung vom 10.03.2014

Alle Amts-, Funktions- und Personenbezeichnungen, die in dieser Satzung in der männlichen Sprachform gebraucht werden, gelten ebenfalls in der entsprechenden weiblichen Form

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Stadtvertretung und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Schleswig-Flensburg folgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1

Wappen, Flagge und Siegel

- (1) Das Wappen der Stadt Kappeln zeigt in Silber beiderseits begleitet von je drei blauen Heringen den Heiligen Christophorus in Vorderansicht, barhäuptig mit rotem Mantel und silbernem Bart, die nackten Beine in abwechselnd blauen und silbernen Wellen verschwindend. In der rechten Hand trägt er einen astförmigen, braunen Stab, mit der Linken die Weltkugel in Gold auf seinem linken Knie umfasst.
- (2) Die Stadtflagge besteht aus rotem Tuch, das oben und unten von je zwei schmalen Streifen in Blau und Weiß begrenzt wird, sowie dem etwas aus der Mitte zur Stange hin verschobenen Stadtwappen.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Kappeln“.
- (4) Die Abbildung und Verwendung des Stadtwappens zu künstlerischen oder heraldisch-wissenschaftlichen Zwecken steht jedem frei. Jede sonstige Verwendung des Stadtwappens bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.

§ 2

Geschäftsführung und Einberufung der Stadtvertretung

- (1) Die Geschäftsführung und die Ordnung in der Stadtvertretung regelt deren Geschäftsordnung, soweit die Gemeindeordnung keine Regelung enthält.
- (2) Die Stadtvertretung ist zu Sitzungen einzuberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Vierteljahr. Die Ladungsfrist beträgt mindestens eine Woche. Sie kann in begründeten Ausnahmefällen unterschritten werden, es sei denn, dass ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtvertreter widerspricht.

§ 3

Bürgervorsteher

- (1) Der Bürgervorsteher vertritt die Belange der Stadtvertretung gegenüber dem Bürgermeister als verwaltungsleitendem Organ der Stadt.
- (2) Der Bürgervorsteher wird im Falle seiner Verhinderung von seinem ersten Stellvertreter, ist auch dieser verhindert, von seinem zweiten Stellvertreter vertreten.
- (3) Der Bürgervorsteher vertritt bei öffentlichen Anlässen die Stadtvertretung sowie gemeinsam mit dem Bürgermeister die Stadt als Gebietskörperschaft. Beide stimmen ihr Auftreten für die Stadt im Einzelfall miteinander ab.

**§ 4
Bürgermeister**

- (1) Der Bürgermeister wird für die Dauer von sechs Jahren gewählt und erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Kommunalbesoldungsverordnung.

**§ 5
Gleichstellungsbeauftragte**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte wird durch die Stadtvertretung bestellt; sie ist ehrenamtlich tätig.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Stadt Kappeln bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:
- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Stadtvertretung und der von dem Bürgermeister geleiteten Verwaltung,
 - Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für Frauen,
 - Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Stadt,
 - Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfeschende Frauen,
 - Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte unterliegt der allgemeinen Dienstaufsicht des Bürgermeisters; sie ist in Ausübung ihrer Tätigkeit an fachliche Weisungen des Bürgermeisters nicht gebunden.
- (4) Der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabengebietes an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.
- (5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an den Sitzungen der Stadtvertretung und ihrer Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. Auf Verlangen ist ihr in Angelegenheiten ihres Aufgabengebietes das Wort zu erteilen. Sie kann in ihrem Aufgabengebiet eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben, dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragte legt alle zwei Jahre der Stadtvertretung einen Tätigkeitsbericht vor, der auch auf die Situation der Gleichstellung von Frauen und Männern in Kappeln eingeht.
- (7) Der Zuständigkeitsbereich der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Kappeln erstreckt sich auch auf den Bereich des Amtes Kappeln-Land.

**§ 6
Ausschüsse**

- (1) Es werden folgende ständige Ausschüsse gebildet:
- a) Hauptausschuss (gleichzeitig Werkausschuss)

Zusammensetzung: 10 Mitglieder der Stadtvertretung, sowie der Bürgermeister ohne Stimmrecht gemäß § 45 b GO.

b) Rechnungsprüfungsausschuss

3 Mitglieder

Aufgabengebiet: Prüfung der Jahresrechnung

c) Bau- und Planungsausschuss

8 Mitglieder

Aufgabengebiet: Bauleit- und Verkehrsplanung, Bauwesen

d) Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Schulen

8 Mitglieder

Aufgabengebiet: Schul- und Kulturangelegenheiten, Sportförderung, Jugendpflege

e) Sozialausschuss

8 Mitglieder

Aufgabengebiet: Sozial- und Gesundheitswesen, Kindertagesstätten, Seniorenangelegenheiten

f) Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Touristik

10 Mitglieder

Aufgabengebiet: Wirtschaftsförderung und Tourismus

g) Ausschuss für Umwelt und Verkehr

8 Mitglieder

Aufgabengebiet: Umweltschutz und Verkehrswesen

- (2) In die Ausschüsse zu c) bis g) können Bürger gewählt werden, die der Stadtvertretung angehören können. Ihre Zahl darf die der Stadtvertreter im Ausschuss nicht erreichen.
- (3) Fraktionen, die in einem Ausschuss keinen Sitz erhalten haben, sind berechtigt, ein zusätzliches Mitglied ohne Stimmrecht in diesen Ausschuss zu entsenden.
- (4) Für den Hauptausschuss kann jede Fraktion drei Stadtvertreter als stellvertretende Ausschussmitglieder zur Wahl vorschlagen. Für die anderen ständigen Ausschüsse kann jede Fraktion bis zu drei stellvertretende Ausschussmitglieder aus der Mitte der Stadtvertretung und aus den in die Stadtvertretung wählbaren Bürgern zur Wahl vorschlagen. Das stellvertretende Ausschussmitglied wird tätig, wenn ein Ausschussmitglied seiner Fraktion oder ein auf Vorschlag seiner Fraktion gewähltes bürgerliches Mitglied verhindert ist. Mehrere stellvertretende Ausschussmitglieder einer Fraktion vertreten in der Reihenfolge, in der sie zur Wahl vorgeschlagen worden sind.
- (5) Die Ausschüsse tagen öffentlich mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses. Zu Tagesordnungspunkten öffentlicher Ausschusssitzungen ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohles oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Die Ausschüsse beschließen darüber in nichtöffentlicher Sitzung.
- (6) Neben den in Absatz 1 genannten ständigen Ausschüsse werden die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.

§ 7
Aufgaben der Stadtvertretung

- (1) Die Stadtvertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen soweit sie diese nicht auf den Bürgermeister, den Hauptausschuss oder andere Ausschüsse übertragen hat.

§ 8
Aufgaben des Bürgermeisters

- (1) Dem Bürgermeister obliegen die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben. Er entscheidet ferner über:
- a) Stundungen bis zu einem Betrag von 25.000 € für einen Zeitraum bis zu einem Jahr,
 - b) Verzicht auf Ansprüche der Stadt und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit jeweils ein Betrag von 25.000 € nicht überschritten wird,
 - c) Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit die Gesamtverpflichtung einen Betrag von 25.000 € nicht übersteigt.
 - d) den entgeltlichen oder unentgeltlichen Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Gesamtwert des Vermögensgegenstandes den Betrag von 25.000 € nicht übersteigt,
 - e) den Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bis zu einem jährlichen Betrag von 25.000 €,
 - f) die unentgeltliche Veräußerung von Stadtvermögen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 10.000 €,
 - g) Feststellung gemäß § 20 Abs. 1 GO,
 - h) die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Betrag von 25.000 €. Ist der Auftragsvergabe eine beschränkte oder öffentliche Ausschreibung vorangegangen, ist die vorstehende Wertgrenze unbeachtlich,
 - i) die Vergabe von Architekten- und Ingenieursleistungen bis zu einem Wert von 25.000 €. Buchstabe h) Satz 2 gilt entsprechend,
 - j) die Erteilung von Negativattesten gemäß § 20 Abs. 2 Baugesetzbuch,
 - k) den Kauf, Verkauf und Tausch und die Belastung von Grundstücken, soweit im Einzelfall der Wert von 25.000 € nicht überschritten wird,
 - l) die Zustimmung zur Höhe und den Zins- und Tilgungskonditionen der von der Abwasserentsorgung Kappeln GmbH aufzunehmenden Darlehen vor Eingehung der Darlehensverbindlichkeiten.
 - m) Annahme von Schenkungen, Spenden und ähnliche Zuwendungen bis zu 25.000,- Euro.

§ 9
Aufgaben der ständigen Ausschüsse

- (1) Die den Ausschüssen übertragenen Entscheidungen ergeben sich aus der von der Stadtvertretung beschlossenen Zuständigkeitsordnung. Die durch die Zuständigkeitsordnung übertragenen Entscheidungen unterliegen gemäß § 27 Abs. 1 Satz 3 GO nicht dem

Rückholrecht der Stadtvertretung. Die Zuständigkeitsordnung kann während der Dienststunden im Rathaus der Stadt Kappeln, Zimmer 34, eingesehen werden.

4

001

- (2) Der Hauptausschuss trifft auf Vorschlag des Bürgermeisters die Personalentscheidungen für Inhaber von Stellen, die dem Bürgermeister unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.
- (3) Den Ausschüssen wird die Entscheidung nach § 22 GO (Ausschließungsgründe) für die Ausschussmitglieder und die nach § 46 (8) GO teilnehmenden Stadtvertreter übertragen. Sie entscheiden ferner über das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 23 GO (Treuepflicht) für die Ausschussmitglieder.

§ 10

Einwohnerversammlung

- (1) Der Bürgervorsteher beruft mindestens einmal im Jahr zur Erörterung wichtiger Angelegenheiten eine Einwohnerversammlung ein. Das Recht der Stadtvertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf die Ortsteile Ellenberg, Kopperby, Olpenitz, Mehlby, Sandbek und Stutebüll durchgeführt werden.
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens ein Drittel der anwesenden Einwohner einverstanden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Der Bürgervorsteher leitet die Einwohnerversammlung. Er kann die Redezeit bis zu 5 Minuten je Redner beschränken, falls dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Er übt das Hausrecht aus.
- (4) Der Bürgervorsteher berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Stadt und stellt diese zur Erörterung. Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 50 v.H. der anwesenden Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Angelegenheiten der Stadt betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens enthalten:
 - die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 - die Zahl der teilnehmenden Einwohner,
 - die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 - den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von dem Bürgervorsteher und dem Protokollführer unterzeichnet.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Stadtvertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 11

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Die Stadt ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Stadtvertretung sowie der sonstigen

Ausschussmitglieder bei den gem. §§ 13 und 26 LDSG Betroffenen zu erheben und in einer Überweisungs- und Mitgliederdatei zu speichern.

5

001

- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen und Tätigkeiten von ehrenamtlich Tätigen.

§ 12

Verträge mit Stadtvertretern, dem Bürgermeister und Ausschussmitgliedern

- (1) Verträge mit Stadtvertretern, dem Bürgermeister, Ausschussmitgliedern und juristischen Personen, an denen Stadtvertreter oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Stadtvertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 25.000 € bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 2.500 € halten.
- (2) Ist dem Abschluss des Vertrages eine öffentliche Ausschreibung vorausgegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Stadtvertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 50.000 € hält, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 5.000 €

§ 13

Verpflichtungserklärungen

- (1) Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 25.000 € bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 2.500 € nicht übersteigen, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 64 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 56 Abs. 3 GO entsprechen, jedoch schriftlich abgegeben wurden.

§ 14

Veröffentlichungen

- (1) Satzungen und Verordnungen der Stadt werden durch Bereitstellung im Internet unter www.kappeln.info bekannt gemacht. Auf die Veröffentlichung wird im Aushangkasten neben dem Haupteingang des Rathauses hingewiesen.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Tag, Uhrzeit und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Stadtvertretung und ihrer Ausschüsse sind in der Form des Absatzes 1 öffentlich bekannt zu machen. Die Tagesordnungen sind zusätzlich im Aushangkasten am Rathaus bekannt zu geben.
- (4) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas andere bestimmt ist.

§ 15

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

